

Für eine  
verselle Entwicklung der  
Post

1. UNI POST-WELTKONFERENZ

GENF, 4.-5. NOVEMBER 2003

## *Einleitung*

Wir leben in einer Zeit, in der der Postsektor einen beispiellosen Wandel durchläuft. Dieser bedeutende öffentliche Dienst, der einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt der Gemeinschaften und weltweit eine Arbeitsquelle für über 5 Millionen Menschen darstellt, steht heute wie nie zuvor im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

In vielen Ländern funktioniert der Postdienst gut, so gut, dass er oft als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Postbehörden ist das konkrete Resultat der Koordinationsarbeit des Weltpostvereins und stellt ein anschauliches Beispiel für eine wirksame internationale Partnerschaft dar.

Routeaufgaben wie die rechtzeitige Zustellung von Briefpost und Paketen mögen weit entfernt von der glanzvolleren Internet-Welt, der elektronischen Kommunikation und E-Commerce erscheinen. Doch wie ein Spezialist für den Postsektor<sup>1</sup> erklärte, 'hat die Post immer noch ihren Platz'. Der Post fällt in der im Entstehen begriffenen Informationsgesellschaft eine Schlüsselrolle zu - sie stellt eine unentbehrliche Brücke zwischen der alten und der neuen Wirtschaft dar.

In Anbetracht der sich heute in der Welt überstürzenden Veränderungen, der rasanten Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft kann sich auch der Postsektor dem Wandel nicht verschließen. Allein der Gedanke an Veränderungen kann als eine Bedrohung empfunden werden, gleichzeitig aber auch neuen Möglichkeiten bringen. Die Gewerkschaften begrüßen alle Neuerungen, die einen hochwertigeren Dienst für die Kunden mit besseren Bedingungen für die Beschäftigten verbinden, wobei sich diese nicht nur auf die Löhne sondern auch auf das Arbeitsumfeld beziehen und die Chancen für qualifizierte Arbeitsaufgaben erhöhen müssen. Ein holistischer Lösungsansatz bedeutet hier ein Vorgehen, bei dem die Möglichkeiten des Wandels so genutzt werden, dass sie allen Beteiligten in Postdiensten zugute kommen.

Der Postsektor nun leider auch einer der Wirtschaftszweige, die von neoliberalen Kreisen, deren Hauptziel die Kapitalrendite ist, einem starken ideologischen Druck zum Wandel ausgesetzt sind. Wir wohnen einem ideologischen Angriff auf das Konzept des service public bei, der auch das Prinzip des universellen Postdienstes gefährdet, wobei nicht nur Arbeitsplätze und Beschäftigungsbedingungen sondern auch die Qualität des Kundendienstes betroffen sind.

Dieser Bericht beleuchtet insbesondere folgende Themen:

- Liberalisierung und Privatisierung des Postsektors
- GATS
- Universeller Postdienst
- Rolle der Weltbank und des IWF
- Private Beratungsfirmen und der Postsektor
- Globalisierung und Wachstum multinationaler Postbetreiber
- Postdienste in der Informationsgesellschaft
- Auswirkungen des Wandels im Postsektor auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen.

Den Abschluss bilden Schlussfolgerungen und Aktionsvorschläge für die UNI und für ihre Mitgliedsorganisationen.

---

<sup>1</sup> Robert M Campbell, Regulatory and Governance Changes in Liberalized, Commercialized Postal Environments

## **1. Liberalisierung und Privatisierung des Postsektors**

Die Postdienste haben sich praktisch seit ihrem Bestehen parallel zu und in enger Anlehnung an die Fernmeldedienste entwickelt. In den letzten Jahren haben sich nun die Wege dieser beiden Sektoren getrennt, und der Telekom-Sektor wurde in die Selbstständigkeit entlassen.

Welche Erfahrungen hat er dabei gemacht? Der Telekom-Sektor ist zum Spielfeld der neoliberalistischen Ideologie geworden, die - als Resultat des WTO-Abkommens im Jahre 1997 - in zahlreichen Ländern zu einer umfassenden Marktöffnung und Privatisierung zu Folge hatte.

Telekom-Aktien sind weltweit zu Börsenlieblingen geworden, zumindest während einer bestimmten Zeit. Heute ist nun alles anders. Der Telekom-Sektor versucht, einer ernstesten Krise zu entgehen: große Firmen haben schwere Umsatzeinbußen erlitten und sind mit hoher Verschuldung und Kursstürzen konfrontiert. Der Worldcom-Skandal hat widerwärtige Praktiken, wie Betrug und Gewinnsucht der Firmen in diesem Sektor auf krasse Weise zu Tage gebracht.

Diese leidige Geschichte könnte eine gute Lehre für die Post sein. Der Postsektor muss sich vor Lockrufen von Sirenen hüten, die ihn dazu antreiben, den gleichen Kurs wie der Telekom-Sektor einzuschlagen und sich auf den Liberalisierungs- und Privatisierungspfad in eine ausschließlich marktorientierte Zukunft zu begeben. Solche Stimmen werden bereits in den USA, in Europa und in Japan laut und sind offenbar sehr überzeugend für Entwicklungsländer und für die europäischen und zentralasiatischen Transformationsländer.

Diejenigen, die diese Alternative als den einzigen Weg nach vorn betrachten, sollten an die Überlegungen denken, die die Weltbank und der Weltpostverein in ihrer gemeinsamen Broschüre: *The Postal Industry in an Internet Age* anstellen:

"...Es gibt kein einheitliches Muster für die Postreform... Spezifische wirtschaftliche Bedingungen, Traditionen der Unternehmensführung und sich ständig verändernde Marktbedürfnisse verlangen besondere, gezielte Strategien und maßgeschneiderte Lösungen".<sup>2</sup>

### ***Bildung von Körperschaften - Einführung privatwirtschaftlicher Grundsätze***

In vielen Ländern und allen Teilen der Welt wird seit langem ein Trend zur Bildung von Körperschaften für die Postdienste beobachtet, wobei die Geschäftsführung und die strategische Entwicklung dieser Körperschaften der direkten Kontrolle der Regierung entzogen wird. Dieses Verfahren wird immer häufiger als Modell betrachtet, das für die Postbetreiber eine ausführungspolitische und finanzieller Sicht ausreichende Flexibilität schafft, um einen hochwertigen Universaldienst zu leisten und zugleich ein stärker kommerziell orientiertes Vorgehen erlaubt. Die OECD zum Beispiel nennt unter den Vorteilen einer solchen Veränderung verbesserte Rentabilität, Dienstleistungsqualität, Produktivität und Effizienz<sup>3</sup>.

Die Ziele der Neuorganisation des Postwesens werden von Gewerkschaften selbstverständlich unterstützt, allerdings unter der Voraussetzung, dass sie zu einer Verbesserung des öffentlichen Dienstes und zu einer wirksameren Nutzung öffentlicher Mittel beitragen.

---

<sup>2</sup> Weltbank/WPV, *The Postal Industry in an Internet Age* - Fallstudien in der Postreform, 2. Ausgabe, Juni 2002

<sup>3</sup> OECD, *Förderung des Wettbewerbs in den Postdiensten*, Paris, 1999

Die australische Postgewerkschaft CEPU unterstützt notwendige 'legitime und angemessene Änderungen in den Betrieben und den rechtlichen Rahmenvorschriften für die Postdienste und akzeptiert die Bildung von Körperschaften und die Kommerzialisierung, insofern diese der Universaldienstverpflichtung nachkommen und Garantien für den öffentlichen Besitz leisten und sowohl Rentabilität als auch verbesserte Beschäftigungsbedingungen sicherstellen können. Die CEPU hat nun aber zum Angriff auf die geplanten Post-Liberalisierungs- und -Deregulierungsvorhaben angesetzt.<sup>4</sup>

Die British Communication Workers Union begrüßte den UK Postal Services Act 2000, der der Royal Mail eine erhöhte Flexibilität bei der Kreditaufnahme zugesteht und dieser erlaubt, einen größeren Anteil ihres Gewinns nach Steuern zurück zu behalten. Die CWU hatte geltend gemacht, dass Royal Mail nicht über genügend Mittel verfüge, um im Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Postbetreibern zu bestehen<sup>5</sup>

Eine strukturelle Reform nationaler Postdienste und ihre Umwandlung in Unternehmen kann jedoch nur in Einvernahme mit den Gewerkschaften erfolgen. Dabei müssen insbesondere Maßnahmen, die für die Postbeamten den Verlust ihres öffentlichen Bedienstetenstatus zur Folge haben, eingehend mit den Gewerkschaften erörtert und von diesen voll akzeptiert werden.

Pläne für die Umwandlung des Sri Lanka Post Office in ein Staatsunternehmen mit vollständiger betrieblicher und kommerzieller Autonomie wurden von der Regierung Sri Lankas mit Unterstützung der Weltbank ausgearbeitet, doch wurde anfänglich keine Konsultation der Postgewerkschaften vorgesehen. Dabei traten Probleme auf, und es dauerte einige Zeit, bis schließlich auf die Stimme der Gewerkschaften gehört wurde.<sup>6</sup>

### ***Liberalisierung***

Die Liberalisierung (d. h. Aufhebung staatlicher Monopole und Einführung des Wettbewerbs) wird auf nationaler Ebene, auf regionaler Ebene (namentlich in der Europäischen Union) und auf internationaler Ebene vorangetrieben, vor allem in den Verhandlungen zur Erweiterung des WTO-Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen, GATS (das an anderer Stelle in diesem Bericht erwähnt wird). Vier Länder (Schweden, Finnland, Neuseeland und Argentinien) haben bereits eine vollständige Liberalisierung ihres Postmarktes beschlossen.

In der Europäischen Union erlaubte die Postrichtlinie aus dem Jahr 1997 den Mitgliedstaaten die Aufrechterhaltung einer Gewichts- (unter 350 Gramm) und/oder Preishöchstgrenze (das Fünffache des Basistarifs) für den zu Universaldienstleistung reservierbaren Bereich. Darauf folgte 2002 eine revidierte Richtlinie, die alle Briefe von 100 gr oder mehr (oder die das Dreifache des Basistarifs kosten) und - vorbehaltlich einer Ausnahmeregelung, falls die Länder diese Einnahmen zur Aufrechterhaltung des Universaldienstes benötigen - alle ausgehenden grenzüberschreitenden Postsendungen dem Wettbewerb öffnen.

Dieser Maßnahme sollen 2006 weitere Liberalisierungsschritte folgen: Die Beförderung von Briefen über 50 Gramm (bzw. das 2,5-fache des Basistarifs) soll dem Wettbewerb geöffnet werden. Und schließlich wird sich die EU mit der Möglichkeit einer vollständigen Liberalisierung bis zum Jahr 2009 befassen.

Die radikalen Liberalisierungsbefürworter machen geltend, dass die Marktöffnung die Preise senken und das Angebot für die Verbraucher erhöhen wird. Allerdings sind im traditionellen

<sup>4</sup> Siehe Post-Privatisierung, Zwischenbericht an die UNI (APRO) Post -Sektorkonferenz, Hiroshima, Okt. 2000

<sup>5</sup> Siehe Andrew Bibby, Post Modern, CWU, 2000

<sup>6</sup> Siehe Post-Privatisierung, Zwischenbericht an die UNI (APRO) Post -Sektorkonferenz, Hiroshima, Okt. 2000

nationalen Postdienst nicht alle Segmente für private Betreiber kommerziell attraktiv. Die Liberalisierung ist mit Risiken verbunden:

- Cherry-Picking: Kommerzielle Betreiber stehen mit nationalen Postbetreibern für die besonders einträglichen Marktsegmente im Wettbewerb (z. B. Massengeschäftspost, innerstädtischer Postverkehr), nicht aber für die weniger lukrativen Segmente (Belieferung von Landgebieten oder ärmeren Quartieren). Schalterdienste, vor allem in ländlichen und in ärmeren Gebieten, sind in Gefahr. Kommerzielle Betreiber versuchen, das Element der in den nationalen Postdiensten häufig impliziten Quersubventionierung auszuschalten.

Die vollständige Liberalisierung der Post in Neuseeland im Jahre 1998 war mit einem Plan für eine teurere Postzustellung in Landregionen verbunden. Diese umstrittene Idee wurde nun zurückgezogen.<sup>7</sup>

Die vollständige Liberalisierung der schwedischen Post hat u.a. dazu geführt, dass der nationale Betreiber Posten die Preise für Massenpostsendungen in die 19 größten Stadtgebiete verringerte, jedoch die Preise für gewöhnliche prioritäre Post 1997 um 30% erhöhte und damit die Teuerung bei weitem überschritt.<sup>8</sup>

- Die Regulierungsbehörden können sich darauf beschränken, den Wettbewerb zu erhöhen, und dies auf Kosten anderer Faktoren (wie die Investition in eine langfristige Entwicklung oder den Schutz der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen). UNI Telekom hat diese Politik bei den Regulierungsbehörden im Telekomsektor beanstandet.
- Schlecht durchdachte und übereilte Liberalisierungsschritte können etablierte Postbetreiber zwingen, ungeachtet längerfristiger Strategien unmittelbare Kosteneinsparungen vorzunehmen. Dies kann mit unnötigem Stellenabbau und einem Verlust der Qualität der Arbeitsbedingungen verbunden sein.

In Frankreich warnt die CGT vor dieser Gefahr: "Mit der von der EU-Direktive verlangten Marktöffnung gehen wir das Risiko ein, dass die europäischen Postämter Sozialdumping in großem Umfang betreiben", erklärte Patrick Bourgeois, Leiter der CGT-Postabteilung kürzlich in einem Gespräch mit der Fachzeitschrift Postal Technology International.<sup>9</sup>

- Private Firmen haben nur beschränkte Haftung; die Unternehmen haben somit keinen Schutz, wenn die Geschäftsentwicklung einen ungünstigen Verlauf nimmt. Oder anders gesagt können private Postunternehmen aus den Märkten aussteigen oder sich ihrer Verantwortung durch Konkurse entziehen: in solchen Fällen muss die Gesellschaft als Ganze für den angerichteten Schaden gerade stehen.

In Schweden haben sich bereits mehrere Postbetreiber vom Markt zurückgezogen. Ein Betreiber hat nicht einmal seine Briefkästen abgehängt, und mindestens ein weiterer war nicht in der Lage, den Kunden verkaufte Briefmarken zurückzuerstatten.<sup>10</sup>

In der Regel werden Liberalisierungsanstrengungen als solche von den Gewerkschaften nicht systematisch abgelehnt, sie verlangen hingegen, dass die Liberalisierung des Postmarktes in gemäßigttem Tempo und etappenweise erfolgt.

Im Vereinigten Königreich zum Beispiel wendet sich die CWU gegen die Pläne der Sektor-Regulierungsbehörde Postcomm, die nach Auffassung der Gewerkschaft "den Markt zu stark, zu rasch, in falscher Form und zur falschen Zeit öffnen will".<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Siehe IAO, Beschäftigung, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit in Post- und Telekom-Diensten, Genf, 2002

<sup>8</sup> Siehe Canadian Union of Postal Workers (CUPW), Your Public Post Office: More than Just the Mail, More than Just the Quebec-Windsor Corridor, Juni 2000

<sup>9</sup> Forum: Kommentare zur Schlichtung, Postal Technology International, September 2002

<sup>10</sup> Quelle: Omega Partners, Studie über Folgen bestimmter Aspekte der Anwendung der Richtlinie 97/67/EC im Postsektor, August 2001

<sup>11</sup> CWU, Zeit, die Regulierungsbehörde in Schach zu halten

In Deutschland hat ver.di im Jahr 2002 erreicht, dass das vom Bundestag beschlossene Postgesetz nicht an der Mehrheit der Zentrum-Rechts-Parteien im Bundesrat scheiterte. Die Gewerkschaft erklärte, dass die aufgrund einer übereilten Liberalisierung des Postmarktes für die Arbeitsplätze von zig-tausend Postangestellten bestehende Gefahr abgewendet werden konnte. Die Liberalisierungsmaßnahmen bieten der Deutschen Post AG eine gesunde Basis, auf der sie angesichts des wachsenden Wettbewerbs die auf dem Postmarkt notwendigen Anpassungen vornehmen und gleichzeitig die soziale Verantwortung für ihre Beschäftigten und für die Postdienste in Deutschland übernehmen kann<sup>12</sup>

### ***Privatisierung***

Postdienste können rentabel sein, und die Investoren sind daran interessiert, Gewinne zu erzielen. Es ist somit nicht überraschend, dass die Liberalisierungsanstrengungen im Postwesen mit Privatisierungsbemühungen verbunden werden.

Im Gegensatz zum Telekomsektor befinden sich die öffentlichen Postdienst-Erbringer weiterhin mehrheitlich in staatlichem Besitz. Es gibt allerdings zwei wichtige Ausnahmen: die holländische TPG und Deutsche Post, bei denen eine Teilprivatisierung stattgefunden hat (diese beiden Fälle werden anderer Stelle in diesem Bericht ausführlich erwähnt). Zur Zeit ist die holländische Regierung mit rund 35% an der TPG beteiligt, während sich 69% der Aktien der Deutschen Post in öffentlicher Hand befinden.

Die Express-Paketpost (Kurierdienste) entwickelt sich außerhalb des Rahmens der traditionellen nationalen Postdienste und wird vornehmlich von privaten Firmen beherrscht, insbesondere von FedEx und UPS. Die anderen beiden Kurier-Firmen, TNT und DHL wurden nun von TPG, bzw. von Deutsche Post übernommen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass nationale Postbetreiber, die sich weiterhin in öffentlicher Hand befinden, dennoch häufig Handelspartnerschaften mit Privatsektorfirmer eingehen.

---

<sup>12</sup> UNI, Deutschland: Vernunft siegt in der Postpolitik. Erklärung vom 5. Juli 2002

## 2. GATS

Die Bedeutung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), das die Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) getroffen haben, kann nicht genügend herausgestellt werden. Die laufende Verhandlungsrunde über die Ausdehnung des Geltungsbereichs dieses Abkommens (die sogenannte Doha-Handelsgesprächsrunde) ist der Hauptschauplatz, auf dem der internationale Kampf über die künftige Gestaltung der Post weltweit ausgetragen wird.

UNI hat bereits in ihrem Informationspapier im Jahr 2000 darauf hingewiesen, dass das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen der WTO-Staaten, GATS, weitreichende Folgen für alle Beschäftigten im Dienstleistungssektor haben wird. Weitere Informationen der UNI über GATS können auch dem diesem Thema gewidmeten, vor kurzem überarbeiteten Frage- und Antworten-Katalog entnommen werden. Beide Unterlagen und weitere Auskünfte stehen auf der speziellen UNI-Website unter folgender Adresse zur Verfügung: [www.union-network.org/UNIsite/News\\_Info/GATS.html](http://www.union-network.org/UNIsite/News_Info/GATS.html)

Wenn der Fahrplan eingehalten werden kann, soll die Doha-Runde bis Januar 2005 abgeschlossen sein. Das Verfahren in dieser Handelsrunde erinnert an das von Kindern, die Briefmarken aus ihrer Sammlung tauschen: die einzelnen Länder stellen zunächst Gesuche an andere Länder, deren Märkte sie unter GATS für den internationalen Wettbewerb öffnen möchten. Darauf folgt eine Zeit, in der die Länder antworten, indem sie ihre *Anfangsangebote* bekannt geben, das heißt, die Bereiche nennen, die sie für den Wettbewerb freigeben wollen. Die nächste Etappe ist eine harte Verhandlungsrunde hinter verschlossenen Türen. Genau so wie beim Tauschhandel der Kinder gibt es auch hier keine Garantie, dass schließlich ein für beide Parteien befriedigendes Geschäft zustande kommt. (Wir gehören dabei zu den Zaungästen und haben kaum die Möglichkeit, unserer Stimme Gehör zu verschaffen).

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, GATS, das eine Reihe globaler, gesetzlich durchsetzbarer Regeln im internationalen Handel mit Dienstleistungen vorsieht, geht auf das Jahr 1995 zurück. Unter diesem Abkommen stimmen die WTO-Mitgliedstaaten einer Reihe von Grundsätzen in den internationalen Handelsbeziehungen zu, darunter auch der sogenannten "Meistbegünstigungsklausel", gemäß der sie sich verpflichten, den Zugang, den sie einem ausländischen Dienstleistungserbringer zu ihren inländischen Märkten gewähren, unterschiedslos auf *alle* ausländischen Dienstleistungsanbieter, ungeachtet ihres Ursprungs, auszudehnen. Die einzelnen WTO-Mitglieder können bestimmen, welche Dienstleistungen sie für den Wettbewerb öffnen wollen.

Die Postdienste stellten im ursprünglichen GATS kein Hauptanliegen dar, gehören nun aber zu den Schwerpunkten auf dem Programm der Doha-Runde. Die Verhandlungspositionen werden von den Regierungen und nicht von einzelnen Unternehmen ausgehandelt, wobei aber die Regierungsstandpunkte stark von der privatwirtschaftlichen Lobby beeinflusst werden können. Es besteht insbesondere ein starker kommerzieller Druck von Seiten großer, privater Kurier-Firmen, die eine Liberalisierung der Postdienste verlangen.

Die UNI befürchtet, dass das GATS-Verfahren im Postsektor wie bereits in anderen Bereichen von kommerziellen Akteuren als Mechanismus zur Zerstörung öffentlicher Dienste benutzt wird. Im Prinzip schließt das GATS Dienstleistungen aus, die als hoheitliche Aufgaben betrachtet werden ('supplied in the exercise of government authority'), wenn diese Dienstleistungen nicht auf einer kommerziellen Basis oder im Wettbewerb mit anderen Anbietern erbracht werden. Angesichts dieser Formulierung ist nun aber keineswegs klar, inwieweit traditionelle Postdienste

vom GATS-Geltungsbereich ausgeschlossen sind. Es ist wohl am besten, wenn wir nicht davon ausgehen, dass GATS nicht zur Anwendung kommen könnte.

Die im Rahmen von GATS getroffenen Vereinbarungen sind maßgeblich von der Klassifizierung der jeweiligen Dienste abhängig. Da das gegenwärtige Klassifizierungssystem zufällig einen zusätzlichen Schutz für öffentliche Postdienste vorsieht,<sup>13</sup> kämpfen die Vertreter der Kurierdienste für eine Neueinstufung der Post- und Kurierdienste, um auf diese Weise eine Ausweitung des GATS-Geltungsbereichs zu erwirken. Es ist somit keineswegs erstaunlich, dass diese Forderung bereits in den ersten Gesuchen, so auch in denen aus den USA und der Europäischen Union, erscheint.

Private Unternehmen wollen über GATS zudem erreichen, dass die Quersubventionierung der Postdienste, zum Beispiel die Subventionierung von Kurierdiensten durch monopolistische einheimische Postbetreiber, verhindert wird. Das aggressive Eindringen der teilprivatisierten Deutschen Post mit der kürzlich erfolgten Übernahme von Airborne in den US-Kuriermarkt hat zur Folge, dass nun *alle* öffentlichen Postbetreiber solchen Initiativen ausgesetzt sind. In einem ähnlichen Streitfall im Zusammenhang mit Quersubventionierungen hat auch UPS versucht, die unter NAFTA bestehenden Freihandelsverpflichtungen gegen Canada Post einzusetzen. Wie Scott Sinclair betont, handelt es sich hier nicht um einen einfachen Handelsstreit, sondern um einen Versuch, mit Hilfe eines Handelsabkommens die kanadische öffentliche Politik so zu verändern, dass sie Einzelinteressen gerecht wird.<sup>14</sup>

Die UNI befürwortet das Konzept des multilateralen Handels. Eine Rückkehr zum Protektionismus in den Handelsbeziehungen kann weder dem Wachstum der Weltwirtschaft noch der Verbesserung der Arbeitsbedingungen förderlich sein. Die Gewerkschaften stoßen jedoch in den Verfahren, nach denen die GATS-Verträge ausgehandelt werden, auf zahlreiche Schwierigkeiten. Erstens findet der "Tauschhandel" hinter verschlossenen Türen statt, also außerhalb der Einfluss-Sphäre von Gewerkschaften und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft, und auch von anderen UNO-Sonderorganisationen, z.B. IAO und Weltpostverein. Die WTO hat dem Weltpostverein den von ihm beantragten Beobachterstatus nicht gewährt.

In den Verhandlungen über die Postdienste muss die UNI sicherstellen, dass die Interessen der Universaldienst-Anbieter geschützt und die Standpunkte der Gewerkschaften und der nationalen Postdienste in den Verhandlungen berücksichtigt werden. Damit diese Ziele erreicht werden können, muss zunächst das Gesuch, das der Weltpostverein betreffend den Beobachterstatus bei der WTO eingereicht hat, nachhaltig unterstützt werden.  
(UNI-Informationspapier zum Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen der WTO)

Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung im Handel - einer der Ecksteine des GATS - ist ebenfalls problematisch, da er von Firmen, die Grundarbeitsnormen oder Umweltnormen verletzen, ins Feld geführt werden kann, um ihr Recht auf einen direkten Wettbewerb mit viel seriöseren Unternehmen geltend zu machen.

Die Globalen Gewerkschaftsverbände haben eine umfassende Erklärung angenommen, die Reformen in der WTO fordert und der WTO-Ministerkonferenz im September 2003 unterbreitet werden soll. Sie verlangt den Schutz grundlegender Rechte der Arbeitnehmer, die mit skrupellosen Regierungen oder Unternehmen konfrontiert sind, und sie fordert Maßnahmen zur Aufrechterhaltung öffentlicher Dienste.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> Eine ausführliche Erklärung zu diesem Punkt und einen aufschlussreichen Überblick über die den Postsektor betreffenden GATS-Fragen gibt Scott Sinclair - The GATS Implications for Postal Services - Kommentare für ein Seminar des WPV vom 9. April 2002 in Bern

<sup>14</sup> *ibid*

<sup>15</sup> UNI, Fragen und Antworten zum GATS, 6. Mai 2003



Mittlerweile hat die UNI ihre Mitgliedsorganisationen aufgerufen, sich Vorschlägen der Landesregierungen für eine Marktöffnung im Bereich der öffentlichen Dienste zu widersetzen. Wenn Angebote unterbreitet werden, sollten sie an soziale Vorbedingungen geknüpft sein, so zum Beispiel an die Gewähr, dass die grundlegenden IAO-Prinzipien und Rechte bei der Arbeit eingehalten werden.

Die Mitgliedsorganisationen sollten alle Vorschläge ablehnen, die ihre Regierungen in Bezug auf die Marktöffnung auf dem Gebiet der öffentlichen Dienste und anderer Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vorlegen. Die Politik in diesen Fragen steht im Zentrum der demokratischen Debatte und des Entscheidungsprozesses, denen Verhandlungen und in der WTO getroffene Abmachungen nicht zuvorkommen dürfen.  
(Rundschreiben des UNI-Generalsekretärs, Philip Jennings, an die Mitglieder, 26. Nov. 2002)

### **3. Universeller Postdienst**

Für uns stellt sich die Frage, wie wir auf den durch die GATS-Runde und - ganz allgemein - von neoliberalen Kreisen international auf Regierungen und nationale Postbetreiber ausgeübten Liberalisierungsdruck reagieren sollen. Ein wesentliches Argument, das wir ins Feld führen können, ist die notwendige Aufrechterhaltung des Konzepts des universellen Postdienstes.

Postbetriebe sind nicht einfach Dienstleistungsunternehmen, die Gewinne erzielen müssen. Sie gehören zu den wesentlichen Faktoren, die eine Gemeinschaft und eine Nation zusammenhalten. Nach Auffassung der Europäischen Kommission sind Postdienste 'von entscheidender Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt'.<sup>16</sup>

Die Post wird zudem auch in einer informationsbasierten Gesellschaft weiterhin eine Schlüsselrolle spielen. Wie in der Vergangenheit kann das öffentliche Postwesen mit erstklassigen Dienstleistungen zu einheitlichen, erschwinglichen Preisen auch heute maßgeblich zum Abbau sozialer Ungleichheit und regionaler Unterschiede beitragen und eine Basis für wirtschaftliche Entwicklung bilden.

Der universelle Postdienst ist eine Frage, die nicht nur die einzelnen Länder angeht. Die Delegierten, die am Post-Gipfeltreffen 1997 teilnahmen, erklärten in diesem Zusammenhang: "Die aus sozialer und wirtschaftlicher Sicht lebenswichtige Aufgabe der Postverwaltungen besteht darin, weiterhin Universaldienste zu bieten, die von allen Bürgerinnen und Bürgern in allen Ländern der Welt in Anspruch genommen werden können"<sup>17</sup> Der WPV selbst verankerte auf seiner Tagung im Jahr 1999 in der universellen Postkonvention eine allgemeine Universaldienstverpflichtung.

Das Konzept des universellen Postdienstes ist nun aber angesichts des Liberalisierungsdrucks zusehends in Gefahr. Die Angriffe von Seiten kommerzieller Akteure häufen sich auch da, wo noch keine Liberalisierung stattgefunden hat. Diese Erfahrung hat zweifellos der United States Post Service (USPS) gemacht, auf den UPS und andere Kurierfirmen einen Grossangriff ausgelöst haben (siehe UNI-Bericht<sup>18</sup>).

UNI-Europa Post beschreibt die Grundprinzipien des Universalpostdienstes wie folgt:

- regelmäßige, meist tägliche Postzustellung an Privathaushalte und Unternehmen zu einheitlichen und erschwinglichen Preisen, und
- Gewährleistung eines ungehinderten Zugangs zu einer breiten Palette von Postdiensten über nahegelegene, leicht erreichbare Postämter, die der Postverwaltung gehören oder für die sie eine Konzession besitzt.<sup>19</sup>

Die UNI hat zudem nachdrücklich erklärt, dass dieses Ziel am besten erreicht werden kann, wenn die Kernpostdienste insgesamt als reservierter Dienstleistungsbereich aufrechterhalten werden.<sup>20</sup> Es gibt zweifellos Möglichkeiten, andere Modelle zum Schutz des universellen Postdienstes zu entwickeln. Mehrere Länder prüfen Mechanismen, um nicht rentable Bereiche des universellen Dienstes mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Dies verlangt ein mehrstufiges Vorgehen: Berechnung des Anteils der auf den nationalen Postdienst entfallenden Quersubventionierung

---

<sup>16</sup> Europäische Kommission, Vorschlag für eine weitere Öffnung der Postdienstmärkte, FAQ, 30. Mai 2000

<sup>17</sup> Erklärung des Postgipfels in Tokio, 12./13. Mai 1997, zitiert im IAO-Bericht: Beschäftigung, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit in Post- und Telekom-Diensten, Genf, 2002

<sup>18</sup> UNI - USPS-Rivalen greifen an drei Fronten an, 3. Mai 2000

<sup>19</sup> UNI, Entwicklung der europäischen Postdienste, 18. Februar 2000

<sup>20</sup> UNI-Weltvorstand, Erklärung, 19./20. Juli 2000: Der universelle Postdienst: ein durch Deregulierung und Liberalisierung gefährdetes Grundrecht des Menschen

(z.B. die zusätzlichen Kosten, die mit der Postzustellung in entfernte Gebiete auf dem Land im Vergleich zu der Postverteilung in Stadtgebieten verbunden sind), und eine entsprechende Entschädigung von Betreibern, die diese kostspieligen Dienste übernehmen, unter Einsatz öffentlicher Mittel, die durch die Erhebung einer Gebühr bei allen Postbetreibern eingetrieben werden könnten.

Einem solchen Vorgehen kann man aus mehreren Gründen skeptisch gegenüber stehen. Erstens stellt es das individuelle und nicht das kollektive Gut in den Vordergrund. Es ersetzt einen Dienst, der ganz allgemein als Beitrag zum Gemeinwohl betrachtet wird, durch eine Reihe von Rechnungslegungsmechanismen, die nur für Spezialisten verständlich sind. Wenn ein allen zugänglicher öffentlicher Dienst nach dieser Methode als 'unrentable' Einrichtung eingestuft wird und die Einsparung staatlicher Mittel erfordert, öffnet sich das politische Feld für einen stärkeren kommerziellen Druck und eine Schwächung des Konzepts des öffentlichen Dienstes.

Kommerziellen Interessen, die ein rasches Liberalisierungstempo auf den Postmärkten einschlagen wollen, Vorschub leisten, heißt aber auch, die bestehenden nationalen Postbetreiber krisenanfälliger machen und sie Massenentlassungen und Angriffen auf die Arbeitsbedingungen aussetzen. Wie wir bereits oben festgestellt haben, verlangen nicht nur die Gewerkschaften, dass der Liberalisierungsprozess *schrittweise* vollzogen wird.

Die UNI betrachtet den universellen Postdienst als ein Grundrecht des Menschen. Bedenken wir jedoch, dass es nicht überall auf der Welt effiziente Postdienste (die wir in den Industrieländern oft als eine Selbstverständlichkeit betrachten) gibt. So heißt es in einem UNI-Apro-Bericht über die Privatisierung der Post:

Während praktisch alle Industriestaaten über einen universellen Postdienst für die Gesamtheit der Einwohner verfügen, haben in Entwicklungsländern große Teile der Bevölkerung keinen Zugang zu Postdiensten. Nach Angaben der Weltbank können Länder mit niedrigem Einkommen im Durchschnitt nur 66% der Bevölkerung Postdienste gewährleisten. Das bedeutet, dass angesichts der schwach ausgebauten Telefon-Infrastruktur in diesen Ländern rund 34% der Bevölkerung zu keinem Kommunikationsmittel Zugang haben<sup>21</sup>.

Eine Form der Quersubventionierung wird zur Zeit international durch das WPV-Abkommen über Endgebühren (Einnahmerteilung für den grenzüberschreitenden Postverkehr) gewährt, was oft bedeutet, dass Postämter in Entwicklungsländern von eingehenden internationalen Sendungen profitieren. Die Regeln betreffend das Remailing (d. h. Restriktionen für Firmen in Land A, Land B für die Rücksendung von Post an Kunden in Land A zu benutzen) tragen zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen WPV-Vereinbarungen bei. Diese multilateral getroffenen Vereinbarungen werden nun aber von kommerziellen Betreibern, die die lukrativen Segmente des Marktes nutzen wollen, in Frage gestellt. Zudem sind Stimmen laut geworden, wonach die WPV-Regeln im Widerspruch zu der GATS-Meistbegünstigungsklausel stehen sollen und somit unter den WTO-Verfahren rechtlich angefochten werden könnten<sup>22</sup>.

---

<sup>21</sup> Privatising Post, Lagebericht an die UNI-Apro-Postsektor-Konferenz, Hiroshima, Oktober 2000

<sup>22</sup> Siehe Scott Sinclair, GATS-Auswirkungen auf den Postsektor, Kommentare für das WPV-Seminar, Bern, 9. April 2002

#### 4. Rolle der Weltbank und des IWF

Marktliberalisierung und Privatisierung stehen praktisch seit zwei Jahrzehnten im Zentrum des ideologischen Programms der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. In einem Bericht der Weltbank (*Redirecting Mail: Postal Sector Reform* - 1996) wird der Postdienst als 'eine der letzten Bastionen der alten Ordnung' bezeichnet. In der jüngsten Zeit setzt die Bank ihr Programm im Rahmen ihrer Tätigkeiten in mehr als dreißig Ländern, namentlich in Algerien, Honduras, Jordanien und Marokko durch.

Die Bank unterstützt Regierungen bei der Durchführung einer umfassenden Sektorreform, mit dem Ziel, die Post in lebens- und konkurrenzfähige 'moderne Unternehmen' zu verwandeln<sup>23</sup>. Leider ist ihr Vorgehen ganz von ihrem auf Privatisierung ausgerichteten, ideologischen Programm geprägt (in der Tat war es die Arbeitsgruppe für Privatisierung der Bank, die das Interesse der Weltbank an der Postsektorreform weckte)<sup>24</sup>

Die von der Weltbank systematisch verlangte Liberalisierung und Privatisierung des Postsektors wurde vom UNI-Weltvorstand auf seiner Tagung im Juli 2000 scharf kritisiert und auch in dem erwähnten UNI-Apro-Bericht beanstandet:

Das Post-Reformprogramm der Weltbank zielt auf eine Rationalisierung in Form eines Stellenabbaus hin. Die Weltbank geht grundsätzlich davon aus, dass die Verwaltungen personell überbesetzt sind, und macht geltend, dass kommerzielle Kriterien - z. B. Leistung des besten Dienstes zum günstigen Preis - eine allgemeine Personalreduktion in den Postverwaltungen verlangen. Da in vielen Entwicklungsländern der Sozialschutz bei Arbeitslosigkeit äußerst gering ist (und die Weltbank nicht die Absicht hat, diesen zu verbessern), können diese Vorschläge in allen Entwicklungsländern einen enormen Schaden im sozialen Bereich anrichten.<sup>25</sup>

Diese Feststellungen beschränken sich selbstverständlich nicht auf den Postsektor. In einem kürzlich vom Zentrum für globale Entwicklung veröffentlichten Bericht heißt es, dass die Privatisierung zumindest im Anfangsstadium die Reichtums- und die Einkommens-Verteilung verschlechtert<sup>26</sup>. Le Monde veröffentlichte zu Beginn dieses Jahres einen Artikel über Privatisierungserfahrungen Afrika, der besagt, dass oft nicht klar sei, welche wirtschaftlichen Vorteile die Privatisierung mit sich bringe und dass Privatisierungsmaßnahmen häufig zu der Bildung von Monopolen führen.<sup>27</sup>

Die Weltbank hat vor kurzem eine Kurskorrektur angekündigt. Ihr Präsident, James Wolfensohn, erklärte gegenüber einer hochrangigen Gewerkschaftsdelegation im Oktober 2002, dass die Bank in der Frage der Privatisierung nicht mehr dogmatisch sei. In dem mittlerweile veröffentlichten gemeinsamen Bericht der Weltbank und des Weltpostvereins *The Postal Industry in an Internet Age* wird nachhaltig betont, dass die Marktliberalisierung ein Prozess sei, der schrittweise erfolgen müsse; ferner wird auch darauf hingewiesen, dass die Universaldienstplichten definiert werden müssen.

Diese subtile "Schwerpunktverlagerung" in der Weltbank ist zu begrüßen und sicher auch ein Zeichen dafür, dass die Kritik, die Gewerkschaften und NGOs an der Bank üben, nun endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften stellen allerdings fest, dass eine ideologische Neigung zur

---

<sup>23</sup> Mieux connaître le secteur postal pour attirer plus d'investisseurs, Weltpostverein, Jan-März 2003

<sup>24</sup> Privatising Post, Lagebericht an die UNI-Apro-Postsektor-Konferenz, Hiroshima, Oktober 2000

<sup>25</sup> ibid

<sup>26</sup> Zentrum für globale Entwicklung, Gewinner und Verlierer, Mai 2002, zitiert im IBFG, Erklärung der Globalen Gewerkschaften an die Frühlingstagungen des IWF und der Weltbank

<sup>27</sup> Alain Faujas, Les privatisations coûtent cher à l'Afrique, Le Monde, 1. April 2003, Zusammenfassung auf der UNI- Website, [http://www.union-network.org/UNISite/In\\_Depth/Interna\\_Relations/World\\_Bank.html](http://www.union-network.org/UNISite/In_Depth/Interna_Relations/World_Bank.html)

Privatisierung in bestimmten Abteilungen der Bank fortbesteht. In der Erklärung der Globalen Gewerkschaften (Frühling 2003) heißt es diesbezüglich:

Berichten zufolge haben Mitgliedsorganisationen der Globalen Gewerkschaftsverbände oft große Schwierigkeiten, Gespräche mit Mitarbeitern der Bank führen zu können, die sich an der Privatisierung oder Umstrukturierung von Diensten oder Unternehmen beteiligen. Wenn die Gewerkschaften dann schließlich einen Termin erhalten, sagt man ihnen, dass sich die Gespräche auf bestimmte Modalitäten der Privatisierung begrenzen müssen und dass keine Fragen über Entscheidungen betreffend die Durchführung bzw. den Verzicht auf Privatisierungen beantwortet werden.<sup>28</sup>

Während in der Weltbank nun offenbar Anzeichen für eine Lockerung ihrer dogmatischen Haltung bestehen, ist der IWF leider noch nicht so weit. Der diesbezügliche Kommentar der Globalen Gewerkschaften: "Obwohl der IWF erklärt, die Privatisierung gehöre nicht zu seinen 'Kern-Fachbereichen', und die Privatisierung trete als Bedingung für die Kreditgewährung zusehends in den Hintergrund, gelingt es ihm weiterhin, dafür zu sorgen, dass die Regierungen die Privatisierung im bisherigen Tempo vorantreiben".

Die UNO-Sonderorganisation Weltpostverein, die 1874 zu der Bildung eines einheitlichen globalen Postgebiets ins Leben gerufen wurde, wird ebenfalls in die ideologischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Post einbezogen. Mehrere Aspekte des WPV-Systems, namentlich die Regeln über die Endgebühren und die Remailing-Restriktionen sind unter Beschuss geraten, insbesondere von Seiten der Internationalen Express-Kurier-Konferenz, dem Verband der privaten Betreiber, der eine vollständige Reform des Weltpostvereins verlangt. Auch andere Kreise fordern Reformen und wollen erreichen, dass der WPV in ein Gremium verwandelt wird, dass die Kommerzialisierung der Post aktiv unterstützt. Auf dem Weltpostkongress 2004 in Bukarest werden diese Anliegen zweifellos zur Sprache gebracht. UNI Post wird die diesbezügliche Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und am WPV-Kongress teilnehmen, um ihrem Standpunkt geltend zu machen.

---

<sup>28</sup> IBFG, Erklärung der Globalen Gewerkschaften an die IWF- und Weltbanktagungen im Frühling 2003

## 5. Private Beratungsfirmen und der Postsektor

Die Anstrengungen, die darauf hinzielen, den Postdiensten lediglich ein einziges Grundgeschäft - und ausschließlich mit dem Gewinn, der dort erzielt werden kann - zu überlassen, könnten durch die Tätigkeit von Beratungsfirmen noch verstärkt werden.

In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Unternehmen, die den Postbetreibern Beratungsdienste anbieten, sprunghaft zugenommen. Drew Stein, Direktor von Transend Worldwide (früher New Zealand Post International) erklärte in diesem Zusammenhang: "Das Postwesen folgt lediglich den Erfahrungen anderer Versorgungsbetriebe, wie Elektrizität, Gas, usw., als diese den gleichen Problemen der Deregulierung, der Bildung von Körperschaften, usw. gegenüberstanden und sich dann für die Umstrukturierung und Neuausrichtung ihrer Betriebe stark auf Berater abstützten".<sup>29</sup>

Die wichtigsten Akteure auf dem Markt für Beratungsleistungen kommen aus zwei Richtungen. Einerseits haben verschiedene nationale Postbetreiber (allen voran New Zealand Post und Canada Post, jedoch auch Deutsche Post und Royal Mail) internationale Beratungsstellen entwickelt. Canada Post zum Beispiel hat Aufträge in Guatemala, Chile, Brasilien, Libanon und China übernommen, um nur einige zu nennen. Die großen generischen Unternehmensberater sind ebenfalls in diesen Markt eingedrungen, einige der bekanntesten Namen sind Accenture und PricewaterhouseCoopers. Die US Managementfirma Arthur D Little hat bekannt gegeben, dass 100-150 ihrer 3'000 Mitarbeiter heute im Postbereich aktiv sind.<sup>30</sup>

Der Trend, Berater einzusetzen, verstärkt sich zusehends. Drew Stein von Transend zum Beispiel sagt ein beispielloses Wachstum auf dem Markt der Beratungsleistungen in den nächsten fünf Jahren voraus. Der Direktor der Beratungsstelle der Deutschen Post spricht ebenfalls von hohen Wachstumschancen für diese Sparte.<sup>31</sup>

An der Tatsache, dass Postbetreiber Beratungsfirmen benutzen, gibt es an sich natürlich nichts auszusetzen, und es kann durchaus gerechtfertigt sein, dass sie auf diesem Wege Fachkenntnisse oder Ratschläge einholen. Problematisch wird die Sache dann, wenn die Berater eine Privatsektor-Mentalität mitbringen, die - verbunden mit den neo-liberalistischen Weltbank- und IWF-Prinzipien - nationale Postbetreiber auf einen Kurs bringen können, den diese selbst nicht unbedingt eingeschlagen hätten.

In Entwicklungsländern können Berater einen besonders starken Einfluss haben. Die Erfahrungen, die die Postverwaltung Südafrikas mit den Beratungsdiensten der Firma New Zealand Post/Transend gemacht hat, liefert diesbezüglich ein besonders anschauliches Beispiel. Dieses 'Geschäft' - nach den Worten von New Zealand Post der größte, in internationaler Ausschreibung jemals vergebene Post-Vertrag - war von allem Anfang umstritten, nachdem bekannt wurde, dass die monatliche Gebühr von 125'827 \$, die NZ Post für einen ihrer Berater ausgehandelt hat, sechsmal höher war, als der Betrag, der dem Präsidenten Südafrikas, Thabo Mbeki, bezahlt wird.<sup>32</sup> Der Vertrag mit NZ Post ist im Hinblick auf die Reform des südafrikanischen Postwesens abgeschlossen worden, und hatte somit auch zum Ziel, die Defizite möglichst rasch auszugleichen. In Wirklichkeit erhöhten sich aber die Verluste von 271m Rand auf 800 m Rand. Maanda Manyatshe, CEO des South African Post Office, erklärte, dass mindestens 25 der 31 in Zusammenarbeit mit der Beratungsfirmen eingeleiteten Projekte Verlustgeschäfte sind. Eine Fachjournalistin stellte in Bezug auf diese Angelegenheit fest: "Alles

---

<sup>29</sup> Forum: Consultancy, Postal Technology International, März 2001

<sup>30</sup> The Growing Concern of Consultants, Postal Technology International, März 2001

<sup>31</sup> Forum: Consultancy, Postal Technology International, März 2001

<sup>32</sup> UNI, Veränderungen im Postwesen - Multis, Technologie und neue Trends, 3. März 2000

deutet darauf hin, dass die von Transend und von der strategischen Geschäftsleitung gemachten Versprechungen nicht erfüllt werden, und dass das Projekt nicht in der Lage ist - und nach Mayatshe nie sein wird - die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu überwinden, die die Post an einer rentablen Tätigkeit hindern.<sup>33</sup> Die Transend-Beratung mit der SAPO wurde mittlerweile beendet.

Die wichtigsten Beratungsfirmen sehen ihre Aufgabe im Postsektor keineswegs nur als diejenige externer Agenturen, die strategische Ratschläge erteilen oder Management Support gewährleisten. Sie versuchen, sich direkter am Geschäft der jeweiligen Unternehmen zu beteiligen, etwa durch das Angebot von Outsourcing-Diensten. Die diesbezüglichen Kommentare von Chris Brennan, Leiter der internationalen Postdienst-Abteilung von Accenture, sind höchst aufschlussreich:

Unsere Rolle ist in allen Sektoren, in denen wir tätig sind, im Wandel begriffen. Wir entfernen uns zusehends von unserer traditionellen Beratungstätigkeit, mit dem Ziel, zu einem Teil der Sektorstruktur zu werden. Durch Joint Ventures und Kapitalbeteiligungen in heute über 180 Firmen besitzen wir nun ein ausgedehntes Netz von miteinander verbundenen Unternehmen, was uns erlaubt, unseren Kunden eine breite Palette von Beratungs- und Outsourcing-Leistungen anzubieten. Wir sehen ständig wachsende Möglichkeiten für verschiedene Arten von innovativen Regelungen mit unseren Post-Kunden...<sup>34</sup>

---

<sup>33</sup> Marie Turrell, Cloudburst, Post Technology International, Dezember 2001

<sup>34</sup> Forum: Consultancy, Postal Technology International, März 2001

## 6. Globalisierung und Wachstum multinationaler Postbetreiber

Auf der Postsektortagung 1999 - damals unter der Ägide der Kommunikations-Internationale - lautete eines der wichtigen Diskussionsthemen: *Multinationale Unternehmen in den Postdiensten*.

Seither haben sich grundlegende Veränderungen in diesem Sektor vollzogen. Die globalen multinationalen Postunternehmen, die noch vor vier Jahren ganz ihren Anfängen standen, befinden sich heute mitten in einem aktiven Transformationsprozess, geprägt von Übernahmen und Allianzen. Dieser Prozess ist keineswegs abgeschlossen, doch lässt sich bereits heute erkennen, wie sich die wichtigsten Akteure zur Vorbereitung auf die Zukunft positionieren.

Eine Strategie besteht für Postbetreiber darin, sich in reine Distributionsfirmen zu verwandeln, die in der Lage sind, ihren Kunden eine breite Palette von Mail- und Logistik-Diensten anzubieten; die jüngsten Ausrichtungen der beiden europäischen Postbetreiber, Deutsche Post und TPG, sind anschauliche Beispiele für diese Politik.

Die Deutsche Post (die mit dem Zusatz 'World Net' ihre internationalen Referenzen unterstreicht) besitzt einen natürlichen Vorteil bei der Bedienung des größten Inlandsmarktes in Europa, will sich jedoch in Zukunft weiter über die Grenzen Deutschlands hinaus entwickeln. CEO Klaus Zumwinkel bezeichnet die Internationalisierung als einen Grundpfeiler der Unternehmensstrategie<sup>35</sup>, und unter seiner Leitung hat sich die Firma auf Expansionskurs begeben (Ausgaben: 5 Milliarden \$). Die spektakulärste Übernahme war die von DHL Worldwide Express, des größten US-Kurierunternehmens, das Deutsche Post zunächst in Partnerschaft mit Lufthansa übernahm, sich dann aber als 100prozentige Tochter aneignete. DHL ist eine der zahlreichen von DP übernommenen Firmen, zu denen Global Mail, Airborne, YellowStone, Danzas und Sercurior, usw. gehören. Diese Akquisitionspolitik der DP war höchst umstritten, und UPS hat die deutsche Firma beschuldigt, ihre internationalen Feldzüge mit Quersubventionierungen aus ihrer Post-Monopolstellung in Deutschland zu finanzieren. Die in diesem Jahr erfolgte 1,5 Mia-Übernahme von Airborne Inc stößt auch in den US auf Widerstand.

Die holländische TPG betreibt ebenfalls eine aggressive Expansionspolitik. Die Firma ist unter zwei Namen tätig: unter Royal PTT Post betreibt sie die inländischen Postdienste in den Niederlanden, und unter TNT Kurierdienste, wobei sie die letztgenannte Firma 1996 von ihrem Vorgänger, dem früheren Post-/Telekom-Betreiber übernommen hat.

TPG hat ihre Geschäftstätigkeit erfolgreich diversifiziert und sich aus einer zu starken Abhängigkeit von dem relativ kleinen Inlandsmarkt befreit. TPG beschäftigt heute 150'000 Personen in 62 Ländern, und ihr Angebot umfasst drei Sparten: Mail, Express und Logistik.

Nach Aussagen des früheren CEO der TPG, Ad Scheepbouwer, soll sich der europäische Postmarkt in Zukunft auf Allianzen von vier großen Akteuren abstützen: Deutsche Post und TPG, und die französischen und britischen Betreiber La Post und Royal Mail. "Dies sind vermutlich die einzigen Allianzen, die in der neuen Wirtschaft bestehen können", erklärte er<sup>36</sup>. La Poste und Royal Mail wählten zwar weniger spektakuläre Methoden, doch streben auch sie über Akquisitionen und Allianzen eine globale Expansion an. TPG und Royal Mail lancierten zusammen mit Singapore Post *Spring*, eine große internationale Business Mailing-Firma, die ihren Betrieb Mitte 2001 aufnahm.

In den Vereinigten Staaten ist der größte Postbetreiber der Welt, USPS, zur Zeit Gegenstand einer Untersuchung durch eine Kommission des Präsidenten, was in bestimmten Kreisen als

<sup>35</sup> Deutsche Post, Pressemitteilung, 19. April 1999

<sup>36</sup> Ad Scheepbouwer - Szenenwechsel oder Theaterumbau? - Rede vom 18. Mai 2000



Versuch zur Durchsetzung eines Privatisierungsprogramms betrachtet wird. USPS selbst hat in ihrem dem US-Kongress im letzten Jahr unterbreiteten Reformplan sowohl eine Privatisierung als auch das vor 1970 entworfene Modell eines stark subventionierten Staatsbetriebs abgelehnt und erklärt, dass ein "kommerzielles staatliches Unternehmen" die beste Lösung darstelle. USPS-Generaldirektor John Potter ist weiterhin von dieser Geschäftsform überzeugt, die 'den Postdienst mit den Unternehmen gleichstellen und ihm erlauben würde, unter vollem Einsatz der Führungsinstrumente und der kommerziellen Flexibilität privater Firmen tätig zu sein, ohne seinen Status als öffentliches Gremium zu verlieren'<sup>37</sup>

Kommentar zu der Kommission des US-Präsidenten:

Ich bin der Meinung, dass es sich bei diesem Versuch einer Privatisierung der Postdienste um ein politisches Vorgehen handelt. Das ist schließlich das Ziel der Bush-Administration. Ich glaube aber kaum, dass sie dieses Ziel jetzt erreichen wird, aber die Rechte erhält damit eine Möglichkeit, ihre seit Jahren angestrebte Privatisierung der Postdienste voranzutreiben. Diese Untersuchungskommission des Präsidenten ist verhüllter Versuch, das Wesen der öffentlichen Diensten zu verändern.  
(William Burrus, American Postal Workers Union)<sup>38</sup>

Die USPS wird wie bereits erwähnt von privaten Kurierfirmen, namentlich von UPS, stark unter Druck gesetzt. Die 1990er Jahren waren von einem Wachstum des Express-Kurier-Marktes geprägt, mit den vier wichtigsten Akteuren: UPS, FedEx, DHL und TNT (wobei die beiden letztgenannten nun von Deutsche Post, bzw. von TPG übernommen wurden). UPS und FedEx sind zwar in den USA beheimatet, jedoch weltweit tätig; sie sprechen von einer Präsenz in über 200 Ländern. Analysten sind der Meinung, dass beide Firmen in der sich ständig entwickelnden Welt der globalen Postbetreiber in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen werden. FedEx offenbarte ihr zukunftsgerichtetes Denken bereits im Jahr 2000 mit der Ankündigung einer strategischen Allianz mit La Poste.

Unter den weiteren potenziellen Akteuren auf einem globalisierten Postmarkt sind die japanischen Postdienste zu nennen, die in jüngster Zeit einen Prozess der Körperschaftsbildung durchlaufen und in diesem Jahr ein neues öffentliches Postunternehmen lanciert haben. Canada Post betätigt sich - wie oben erwähnt - aktiv auf dem internationalen Markt der Beratungsleistung, und CP besitzt gegenüber ihren Konkurrenten bereits einen gewaltigen Vorsprung im Bereich der elektronischen Dienste und Verteilungskonzepte.

Die Gewerkschaften im Postsektor müssen Strategien entwickeln, die ihnen erlauben, auf die zunehmende Globalisierung dieses Marktes zu antworten, und dieser Prozess wird einen vermehrten grenzüberschreitenden Informationsaustausch und die Stärkung internationaler Strukturen erforderlich machen. Einige Initiativen in dieser Richtung wurden bereits ergriffen. Im europäischen Kontext zum Beispiel ist der Sektor UNI-Europa Post Partner mit dem Arbeitgeberverband PostEurop im europaweiten sektoralen Sozialdialog. Dieser Sozialdialog-Ausschuss befasst sich unter anderem mit Fragen wie Ausbildung und Chancengleichheit, und er beteiligt sich zudem an den Vorbereitungen für die EU-Erweiterung.

Der Ausschuss spielte eine entscheidende Rolle bei den Beschlüssen, die in den Postrichtlinien von 1997 und 2002 resultierten. Die Zusammenarbeit mit PostEurop und CERP (Europäische Post-Regulierungsbehörden) hat UNI-Europa Post erlaubt, Einfluss auf die Entwicklung der europäischen Postpolitik auszuüben. Die beiden europäischen Verbände sind in allen 43 Ländern Europas vertreten.

<sup>37</sup> Gespräch mit John E. Potter, Union Postale, WPV, April-Juni 2002

<sup>38</sup> Federal Times, William Burrus, Unterstützung der Postangestellten in turbulenten Zeiten, 12. Mai 2003, <http://federaltimes.com>

Zudem müssen auch starke Europäische Betriebsräte (EBR) in den großen grenzüberschreitenden Postunternehmen wie TPG und Deutsche Post World Net geschaffen werden. Zur Zeit gibt es einen EBR bei der TPG. Die deutsche Gewerkschaft ver.di führt zur Zeit die Verhandlungen für die Bildung eines Deutsche Post World Net-Forums (EBR), in dem Belegschaftsvertreter aus den europäischen Ländern, in denen das Unternehmen tätig ist, vertreten sein werden. Ein von ver.di angeführtes Besonderes Verhandlungsgremium, das Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter aller Geschäftsstellen in der EU und den EWR-Ländern und von UNI Post und vom ETF umfasst, führt seit über zwei Jahren Gespräche mit der zentralen Geschäftsleitung der DPWN im Hinblick auf den Abschluss einer EBR-Vereinbarung. Das Tempo dieser Verhandlungen konnte vor kurzem beschleunigt werden, und voraussichtlich wird es im Juli/August 2003 zu einer Vertragsunterzeichnung kommen. Wie in anderen Sektoren müssen auch im Postsektor Globale Betriebsräte angestrebt werden.

- UNI-Sektoren und UNI-Allianzen der Gewerkschaften in Multis sollten ihre Anstrengungen für eine Ausdehnung des Konzepts der Betriebsräte auf die Vertretung auf Weltebene verstärken; sie sollten sich dabei auf die Erfahrungen der Europäischen Betriebsräte stützen und Töchter und Beteiligungsgesellschaften der jeweiligen multinationalen Unternehmen einbeziehen.
- Die UNI sollte Mittel für die Mitgliedsorganisationen erschließen, die diese bei ihren Bemühungen zur Bildung regionaler und globaler Betriebsräte einsetzen können.
- Die UNI sollte die von UNI-Europa über Europäische Betriebsräte vereinbarte Politik als Grundlage für die Verstärkung der Rolle der Gewerkschaften in den EBR und in der europäischen Richtlinie über EBR benützen.
- Die UNI sollte eine Liste veröffentlichen, die über Betriebsräte und globale Vereinbarungen Aufschluss gibt.

(Auszüge aus der Entschließung: Solidarität über das Netzwerk: Multinationale Unternehmen und das Kapital der Arbeitnehmer, UNI-Weltkongress, Berlin, 2001)

Nun ist aber der wohl bedeutendste 'Globale Postsektor-Betriebsrat' in der Form einer neuen Struktur im WPV im Entstehen begriffen: es handelt sich um den WPV-Beratungsausschuss. Dieses Gremium soll neben dem Verwaltungsrat und dem Rat für Postbetrieb zum dritten, leitenden Organ der Organisation werden. Dem Beratungsausschuss sollen Mitglieder des Verwaltungsrates und des Rats für Postbetrieb sowie andere Interessengruppen im Postsektor, einschliesslich Verbänden privater Postbetreiber und UNI Post, angehören. Das bedeutet, dass UNI Post in diesem Forum im Prinzip alle 189 nationalen Postbetreibern und Regulierungsbehörden sowie den privaten Arbeitgebern im Sektor gegenüberstehen wird.

UNI Post soll ein Mitglied des WPV werden, wenn (oder viel mehr: vorausgesetzt dass) der WPV-Kongress auf seiner Tagung im Jahr 2004 seiner neuen Struktur zustimmt. Wie in diesem Bericht bereits erwähnt, wird der UNI Post-Konferenz ein getrennter Bericht zu diesem Thema unterbreitet.

Ein weiteres wichtiges Ziel für UNI Post wird darin bestehen, die Postbetreiber anzuregen, Rahmenvereinbarungen über Kernarbeitsnormen und Gewerkschaftsrechte eine internationale Dimension zu verleihen, so dass die Beschäftigten in allen Teilen ihrer Unternehmen erfasst werden. Solche Rahmenabkommen wurden vor kurzem zwischen UNI und multinationalen Konzernen in anderen Sektoren ausgehandelt, so auch auf dem Gebiet der Telekom das nunmehr bekannte Abkommen mit der in Spanien beheimateten multinationalen Firma Telefónica.

Die Globalisierung... wirft Fragen im Zusammenhang mit der Rechenschaftspflicht und Kontrolle auf, insbesondere wenn multinationale Unternehmen wenig Verständnis für soziale Verantwortung der Unternehmen oder für Sozialpartnerschaft zeigen. UNI unterstützt daher Initiativen, die verantwortliche Geschäftspraktiken fördern. Eine wichtige Messlatte ist die dreigliedrige IAO-Grundsatzerklärung betreffend multinationale Unternehmen und Sozialpolitik, der Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter zugestimmt haben. In ihrer kürzlich überarbeiteten Form legt diese Erklärung Multis, Regierungen und Sozialpartnern nahe, dem Aufruf der IAO zur Förderung menschwürdiger Arbeit zu folgen, indem sie zu der Umsetzung der IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit beitragen.

(UNI-Beitrag zum UNO-Weltgipfel zu der Informationsgesellschaft)

Die wachsenden Verbindungen zwischen traditionellen Postbetreibern und Express-Kurierdiensten verlangen zudem eine stärkere Zusammenarbeit mit Transportgewerkschaften. UPS-Angestellte zum Beispiel sind häufig Gewerkschaften angeschlossen, die Mitglieder der Internationalen Transportarbeiter-Föderation sind. In diesem Zusammenhang ist das von UNI Post im Jahr 2001 mit der Europäischen Transportarbeiter-Föderation getroffene Kooperationsabkommen eine äußerst zweckmäßige Initiative. Engere Beziehungen mit der ITF werden zu gemeinsamen Aktivitäten führen, und auf der Jahrestagung ITF-Straßentransportabteilung am 7. Mai 2003 in London haben John Pedersen, Leiter von UNI Post, und ITF-Vertreter verschiedene Aktionen geplant.

## **7. Postdienste in der Informationsgesellschaft**

Es stellt sich heute die Frage, inwieweit der rasche Vormarsch der elektronischen Kommunikationsmittel eine Gefahr für die Postbetreiber darstellt. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, dass ein Sektor, dessen Aufgabe die Beförderung von Papierdokumenten oder physischen Gütern von einem Ort zum anderen ist, viel zu befürchten hat, da die elektronische Kommunikation sofort und ohne jegliche Anstrengung und ungeachtet von Entfernung und internationalen Schranken erfolgen kann.

Wie stark die traditionelle Post unter der 'elektronischen Substitution' leidet, ist weiterhin eine offene Frage. Nach Angaben der OECD hat der US Post Service rund 35% seines prioritären B-to-B-Geschäftsverkehrs an E-Mail, Teleconferencing und Faxübermittlung verloren<sup>39</sup>. Eine umfassende europäische Studie jüngeren Datums ist weniger kategorisch. Darin heißt es, dass die 'elektronische Substitution' teilweise für die Verlangsamung der Wachstumsraten oder sogar den Rückgang in bestimmten Briefpost-Segmenten verantwortlich sein kann, dass jedoch kein radikales Schrumpfen bei den EU-weiten Postvolumen beobachtet wird. Eine schrittweise elektronische Substitution ist allerdings möglich<sup>40</sup>.

Viele Organisationen gelangen zu der Feststellung, dass E-Commerce und die elektronischen Kommunikationsmedien Chancen und Gefahren für die Postdienstfirmen darstellen. Diesbezüglich erklärt der Weltpostverein: "Wenn traditionelle Stärken und Einzugsgebiete der Post mit der Flexibilität und Geschwindigkeit elektronischer Medien verbunden werden, kann eine ganze Palette neuer Produkte entwickelt werden... Einige dieser Applikationen sind bereits eingeführt, so zum Beispiel die elektronische Fakturierung und Zahlung, Trusted Third Party - Zertifizierung (organisatorische Instrumente zur Gewährleistung der Vertrauenswürdigkeit und Nachweisbarkeit der Kommunikation zwischen Geschäftspartnern), elektronische Briefmarken, Directory Services (Verzeichnisdienste) und die gesicherte E-Mail-Kommunikation.<sup>41</sup>

Canada Post zum Beispiel, unterzeichnete bereits im Jahr 1996 ein Partnerschaftsabkommen mit IBM Canada, um das Potenzial für E-Commerce zu ermitteln und zu beurteilen, und CP hat seither ihren innovativen Electronic Post Office (EPO)-Service entwickelt. Dieser erlaubt dem Business User, der Canada Post massenweise Rechnungen für seine Kunden zu senden, die per E-Mail an einzelne EPO-Abonnenten oder ausgedruckt und auf konventionellem Weg per Briefpost an die Kunden weitergeleitet werden. Canada Post hat mit USPS und La Poste zudem einen Verschlüsselungsdienst, PosteCS, entwickelt, und einen eParcel-Dienst für Kunden, die über das Internet bestellen.<sup>42</sup>

In Singapur wird der virtuelle Postdienst (vPost) der SingPost als der 'elektronische Postbote' beschrieben, der Unternehmen und Verbrauchern eine ganze Reihe von Dienstleistungen anbietet, darunter die elektronische Rechnungsausstellung und Zahlung, E-Shopping, E-Banking und komplette E-Commerce-Leistungspakete.<sup>43</sup> Japan Post hat einen E-Commerce-Service entwickelt, der über Terminals benutzt werden kann, die in allen größeren Postämtern installiert sind.

Ähnliche Varianten werden auch in anderen Teilen der Welt von Postbetreibern geprüft, die unter dem allgemeinen Begriff: e-Post zusammengefasst werden können. Die Weltbank erklärte in

---

<sup>39</sup> OECD, Wettbewerbsförderung im Postsektor, 1999

<sup>40</sup> PLS Ramboll, Beschäftigungstrends im EU-Postsektor, Schlussbericht, Oktober 2002

<sup>41</sup> Thomas E Leavey, Generaldirektor, Internationales Büro, WPV, in Weltbank/WPV: Das Postwesen im Internet-Zeitalter, Fallstudien zur Postreform, 2. Ausgabe, Juni 2002

<sup>42</sup> Siehe Canadian Union of Postal Workers (CUPW), Your Public Post Office: More than just the Mail, More than just the Quebec-Windsor Corridor, Juni 2000

<sup>43</sup> [www.vpost.com.sg](http://www.vpost.com.sg)

diesem Zusammenhang, dass die Postbetreiber ein wichtiges Glied bei der Überbrückung der digitalen Kluft darstellen, da sie eine Verbindung zwischen der alten und der neuen Wirtschaft bieten.<sup>44</sup>

Diese Entwicklungen werden von den Gewerkschaften selbstverständlich begrüßt, wenn sie zu der Beschäftigungsförderung und zum Wachstum des Postsektors beitragen. Allerdings gibt es wichtige Datenschutz- und Sicherheitsfragen, die gelöst werden müssen.

Unser Kommunikationssystem ist ganz einfach zu wichtig, als dass es Körperschaften überlassen werden könnte, die sich über unser Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre hinwegsetzen, um aus unseren persönlichen Informationen Nutzen zu ziehen. Selbst wenn Geldbussen einen gewissen Schutz bieten, stellen sie heute kein Hindernis für große Firmen und keine angemessene Lösungen für Personen dar, die sicherstellen wollen, dass ihr grundlegendes Recht auf Schutz der Privatsphäre gewahrt wird.<sup>45</sup>  
(Canadian Union of Postal Workers)

Diese Frage wird auch von der UNI in ihrem Beitrag zum bevorstehenden UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft angesprochen:

Es ist dringend notwendig, auf internationaler Ebene Mindestnormen zur Kontrolle der Speicherung und Verwendung persönlicher Daten in elektronischer Form zu entwickeln. Eine Schutzmaßnahme könnte darin bestehen, sicherzustellen, dass persönliche Informationen im Internet, die für einen bestimmten Zweck produziert wurden, nicht für einen nicht damit zusammenhängenden Zweck verwendet werden oder ohne die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Personen an die Öffentlichkeit gelangen. Jeder Einzelne muss die technischen Möglichkeiten haben, die seine Person betreffend gespeicherten Informationen zu prüfen und fehlerhafte Angaben richtig zu stellen.

Das Interesse, das Postbetreiber für e-basierte Dienstleistungen bekunden, kann mit anderen Entwicklungen im Sektor in Verbindung gebracht werden. Wie oben erwähnt, hat sich in den letzten Jahren ein Verbindungsprozess zwischen traditionellen Postbetreibern (einschl. Brief- und Paketpost) und Express-Kurierdienst-Betreibern angebahnt. Die Unternehmen konzentrieren sich zudem auf die Entwicklung des Logistikbereichs, der mit der Just-in-time-Produktion zusehends an Bedeutung gewonnen hat. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass z. B. die TPG ihre Tätigkeit in drei Geschäftsfelder: Mail, Express und Logistik aufgeteilt hat. Die TPG-Strategie will auf diesem Wege die Palette ihrer Dienstleistungen an beiden Enden des Distributions- und Zustellungsprozesses erweitern, mit dem Ziel, potenziell rentablere, informationsbasierte Dienste mit höherer Wertschöpfung anzubieten. Damit verliert die physische Handhabung von Gütern im Vergleich zu der Bereitstellung virtueller Dienstleistungen an Bedeutung. Der frühere TPG-Präsident erklärte einmal: "Wir sind ein IT-Unternehmen und gleichzeitig eine Transportfirma".<sup>46</sup> Spezialisierte Logistikfirmen figurieren seit einigen Jahren auf den Einkaufslisten von Unternehmen wie TPG, Deutsche Post und anderen Postbetreibern.

Welches Schicksal erwartet die anderen traditionellen Aspekte des Geschäfts der Postämter? Das Poststellennetz leistet einen wertvollen Dienst für die Gemeinschaften und ist zweifellos ebenso wichtig für den sozialen Zusammenhalt wie der universelle regelmäßige Briefpostverkehr. Leider wird der Umfang des Poststellennetzes in zahlreichen Ländern verringert, in erster Linie, um Kosten einzusparen. Berichten zufolge sind in den USA zum Beispiel zwischen 1994 und 1998 nahezu 25 Prozent aller permanenten Postämter geschlossen worden.

---

<sup>44</sup> Weltbank, Abt. Globale IKT, <http://info.worldbank.org/ict/policyPostalService.html>

<sup>45</sup> Canadian Union of Postal Workers (CUPW), Your Public Post Office: More than just the Mail, More than just the Quebec-Windsor Corridor, Juni 2000

<sup>46</sup> Financial Times (IT-Review): Dutch-based company knows about volume, 6. September 2000

Die Weltstatistiken des WPV zeigen einen ständigen Rückgang der Zahl der ständigen Postämter in den 1990er Jahren, und eine Verringerung von 686'000 auf 660'000 zwischen 1990 und 2001. Die rückläufige Entwicklung war noch ausgeprägter in den Industrieländern, wo diese Zahl von 201'000 auf 185'000 zurückging.<sup>47</sup> Das Bild ist jedoch nicht einheitlich, denn in mehreren Ländern wurden Maßnahmen ergriffen, um Poststellen in ländlichen oder sozial benachteiligten städtischen Gebieten aufrecht zu erhalten. Es besteht die Möglichkeit, das Poststellennetz stärker zu nutzen, zum Beispiel als eine Basis für den Internet-Zugang und für E-Commerce. Ein interessantes Beispiel wird im Weltbank/WPV-Bericht aus Costa Rica zitiert, wo Correos de Costa Rica in vielen ihrer Poststellen im Land Computer-Kabinen eingerichtet hat.<sup>48</sup>

Das Branchennetz bietet auch Möglichkeiten für die Entwicklung von Postfinanzdienstleistungen. Selbst wenn in Postämtern angebotene Bank- und Sparkassen-Dienste in der Postliberalisierungsdebatte in der Regel weniger Aufmerksamkeit fanden, als andere Aspekte der Post, werden heute große Anstrengungen unternommen, um *universelle finanzielle Schalter-Dienste* zum Bestandteil des Universalpostdienstes zu machen.

Es ist an der Zeit, dass wir zu unserer Tradition zurück kehren und uns um eine Wiedereinführung und Wiederbelebung der Post-Finanzdienste bemühen.

(UNI-Apro-Postkonferenz, Bericht des Postfinanz-Unterausschusses, Oktober 2000)

Soziales Banking und Zugang zu Kleinkrediten sind Fragen, die heute wieder in den Vordergrund rücken, in Industrie- und Entwicklungsländern, und somit sollten die Möglichkeiten, Poststellennetze für Finanzdienstleistungen zu nutzen, eingehender geprüft werden. Das kann unter anderem bedeuten, dass Postangestellten-Gewerkschaften enger mit befreundeten Organisationen in den Sektoren Banken und Versicherungen zusammenarbeiten, und auch für UNI wird dies die Schaffung enger Verbindungen zwischen ihren Sektoren Post und Finanz zur Folge haben.

---

<sup>47</sup> WPV, Die Post im Jahr 2001

<sup>48</sup> Weltbank/WPV, Das Postwesen im Internet-Zeitalter, Fallstudien zur Postreform, zweite Auflage, Juni 2002

## **8. Auswirkungen des Wandels im Postsektor auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen**

Über fünf Millionen Menschen sind für ihren Lebensunterhalt von Postdiensten abhängig. Nach Angaben des Weltpostvereins betrug die Zahl der Postangestellten im Jahr 2001 5,2 Millionen, davon 2,6 Millionen in Industriestaaten und 2,5 Millionen in Entwicklungsländern. 1990 waren es noch 2,7 Millionen, bzw. 3,4 Millionen.

Diese Zahlen sind allerdings mit gewisser Vorsicht zu behandeln, denn aus anderen Untersuchungen ergibt sich ein etwas anderes Bild. Zunächst ist es wichtig, zwischen dem für öffentliche Postbetreiber tätigen Personal und den im Postsektor insgesamt arbeitenden Angestellten zu unterscheiden. Ferner muss auch geklärt werden, ob sich die Statistiken auf die effektiven Angestellten oder auf vollzeitäquivalente Jobs beziehen.

Die IAO weist in ihrem Bericht über den Post- und Telekom-Sektor 2002 darauf hin, dass die *öffentlichen* Postbetreiber in den Industrieländern zahlreiche Stellen abgebaut haben, dass die Beschäftigung in Postdiensten anderer Länder in den letzten Jahren stabil blieb und von den im Gang befindlichen Veränderungen offenbar kaum betroffen sind<sup>49</sup>. Die Schaffung von Arbeitsplätzen bei kommerziellen Postbetreibern hat in den Industrieländern den Abbau etwas ausgeglichen: die IAO beobachtete in den USA und Japan zum Beispiel eine leichte Zunahme zwischen 1990 und 1999.

Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihrer Anstrengungen zur Liberalisierung des Postsektors in Europa verschiedene detaillierte Beschäftigungsstudien in diesem Sektor in Auftrag gegeben; die Resultate der jüngsten Untersuchung wurden im Oktober 2002 veröffentlicht<sup>50</sup>. Leider sind die Ergebnisse der Ramboll-Studie weniger brauchbar als erwartet. UNI-Europa Post und PostEurop beanstanden die gewählte Methodik, einen großen Teil der Daten und nicht zuletzt auch die in der Studie gezogenen Schlüsse. Der EU-Post-Sozialdialog-Ausschuss (UNI-Europa Post und PostEurop) wird auf seiner Vollversammlung im Juli 2003 eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der sie zum Ausdruck bringen, dass die beiden Sozialpartner keine Verantwortung für das Resultat und die Schlussfolgerungen dieser Studie übernehmen wollen und können, da der Sozialdialog-Ausschuss trotz wiederholten Aufrufen nie in den Untersuchungsprozess einbezogen wurde. In der vorläufigen Erklärung heißt es zudem, dass die Sozialpartner nach eingehender Prüfung der Studie nicht gewillt sind, diese angesichts der mangelnden Glaubwürdigkeit in Bezug auf wichtige Daten und auf die Schlussfolgerungen als Grundlage für künftige Diskussionen oder Entscheidungen im Zusammenhang mit Beschäftigungsfragen im europäischen Postsektor zu verwenden.

Unter Berücksichtigung dieses wichtigen Vorbehalts sei kurz darauf hingewiesen, dass gemäß Ramboll die Zahl der Personen (Vollzeitäquivalente), die bei Universaldienste leistenden Unternehmen in der EU beschäftigt sind, zwischen 1995 und 2000 praktisch unverändert geblieben ist, während die Gesamtbeschäftigung im Sektor (einschl. der in anderen Postunternehmen tätigen Personen) in dieser Zeit um fast 5%, d.h. von 1,64 Mio auf 1,72 Mio anstieg. Mit Blick auf 2005 wird in diesem Bericht eine stabile direkte Gesamtbeschäftigung erwartet. Diese Prognose erwähnt allerdings den markanten Stellenabbau (9%) bei Universaldiensterbringern, der durch eine bedeutende Zunahme bei anderen Postunternehmen ausgeglichen wurde, nicht. Die Ramboll-Studie befasst sich auch mit der 'indirekten Beschäftigung' im EU-Postsektor, wobei Post-Regulierungsbehörden, Versandhäuser, Direktversandwerbeunternehmen und Lieferanten (Tinte, Papier, usw.) genannt werden. Hier betrug das Beschäftigungswachstum (Vollzeitäquivalente) zwischen 1995 und 2000 etwa 4%, wobei ein weiterer Anstieg in der Zeit bis 2005 vorausgesagt wird.

<sup>49</sup> IAO, Beschäftigung, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit in den Post- und Telekom-Diensten, Genf 2002

<sup>50</sup> PLS Ramboll, Beschäftigungstrends im EU-Postsektor, Schlussbericht, Oktober 2002

Es ist anzunehmen, dass der Postsektor - gerade weil er arbeitsintensiv ist - im Zug der Liberalisierung weniger Arbeitsplätze verloren hat, als der Telekom-Sektor. Allerdings wurden bei einigen großen öffentlichen Betreibern zahlreiche Stellen gestrichen, so bei USPS, wo 2001 und 2002 30'000 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Die Tatsache, dass in Unternehmen der Privatwirtschaft neue Arbeitsplätze geschaffen werden - und die bei öffentlichen Dienstleistungsunternehmen verzeichneten Verluste in gewisser Weise wettmachen - kann für die Gewerkschaften eine neue Herausforderung darstellen, da ihre Mitglieder größtenteils für private Firmen tätig sind. Mitgliederwerbung und Organisierung in den neuen Postunternehmen (und eine massive Verstärkung dieser Tätigkeiten in den schwach organisierten Kurierfirmen, wie zum Beispiel FedEx) gehören zu den vorrangigsten Anliegen der Gewerkschaften in den kommenden Jahren.

Die Umwälzungen im Sektor wirken sich auf die Beschäftigungsbedingungen des Postpersonals aus. Die im Postsektor erfolgte Bildung von Körperschaften hat in vielen Ländern einen Rückgang der Postangestellten mit Beamtenstatus zur Folge. Gemäß PLS Ramboll sank der Anteil der Angestellten mit Beamtenstatus bei La Post von 87,8% im Jahr 1995 auf 75,5% im Jahr 2000; in Deutschland ging dieser Anteil von 47,7% auf 41,6% zurück, und in Dänemark verringerte er sich von 64% auf 51%. Seltsamerweise ist nach Angaben von Ramboll dieser Anteil bei den schwedischen Posten im gleichen Zeitraum von 8,7% auf 14,5% angestiegen<sup>51</sup>. In Belgien, Irland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich haben die Angestellten öffentlicher Postbetreiber nicht den Status öffentlicher Bediensteter<sup>52</sup>.

Man sollte sich daher vor Verallgemeinerungen hüten. Wie dem auch sei, sind aber Initiativen, die Postbetreiber zur Veränderung des Status von Postangestellten (auch Neuankömmlingen im Sektor) einleiten, grundsätzlich zum Gegenstand eines echten Sozialdialogs zu machen, und die Gewerkschaften müssen sicherstellen, dass der Verlust des Beamtenstatus keine negativen Folgen, z. B. für die Rentenansprüche hat. Der Verlust des Beamtenstatus kann auch eine positive Wirkung haben, weil die Angestellten dadurch das Recht auf Arbeitskampfmaßnahmen gewinnen.

Nach zwei Jahre dauernden Verhandlungen für Regelungen, die einen Übergang vom öffentlichen Dienst zur privatwirtschaftlichen Beschäftigung zum Gegenstand hatten, konnte in Italien im Jahr 2001 ein neuer Tarifvertrag im Postsektor abgeschlossen werden, der eine neue Verhandlungsstruktur, flexible Arbeitszeitregelungen, an die Leistung gekoppelte Lohnerhöhungen und die Einführung eines betrieblichen Pensionsfonds vorsieht.

Ein SLP-CISL-Gewerkschaftssprecher erklärte, dass der neue Vertrag 'den Bedürfnissen gerecht werde, ohne die betriebliche Umstrukturierung zu behindern'. Für die SLC-CGIL waren neue Regeln notwendig, um die 'Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in dieser Umstrukturierungsphase zu schützen'. (Quelle: Beobachtungsstelle für Arbeitsbeziehungen in Europa)<sup>53</sup>

Anstrengungen im Hinblick auf ein stärker liberalisiertes und kommerzialisiertes Postumfeld gehen oft auch mit einer Forderung nach flexibleren Formen der Arbeitszeit einher. Unter bestimmten Umständen können die Beschäftigten eine erhöhte Flexibilität begrüßen, zum Beispiel wenn sie ihnen die Verbindung von beruflichen Aufgaben mit Familien- und Kinderbetreuungspflichten erleichtert. Leider wird den Angestellten die Flexibilität aber oft aufgezungen, ganz einfach, um den Bedürfnissen des Unternehmens gerecht zu werden.

<sup>51</sup> PLS Ramboll, Beschäftigungstrends im EU-Postsektor, Schlussbericht, Oktober 2002

<sup>52</sup> IAO, Beschäftigung, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit in den Post- und Telekom-Diensten, Genf 2002

<sup>53</sup> [www.eiro.eurofound.ie/print/2001/02/inbrief/IT0102174N.html](http://www.eiro.eurofound.ie/print/2001/02/inbrief/IT0102174N.html)



PLS Ramboll zitiert als Beispiel Finnland (wo der Postdienst - wie bereits erwähnt - vollständig liberalisiert wurde):

Nach Angaben der Gewerkschaften bemüht sich Posti zur Zeit mit Erfolg um eine Erhöhung der Teilzeitposten und den vermehrten Einsatz von Student/innen. Aus Arbeitgebersicht hat dies mehrere Vorteile. Posti kann zum Beispiel höchst flexible Arbeitsformen wählen (Bereitschafts-Verträge)...

Das kürzlich in Kraft getretene Abkommen über flexible Arbeitszeit ist ein weiteres Beispiel für die starke Verhandlungsposition von Posti. Gemäß diesem Abkommen kann die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 6 und 10 Stunden variieren. Über eine 12-Wochenperiode darf die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit jedoch nicht überschritten werden... Eine der finnischen Postgewerkschaften, die sehr unglücklich über dieses Abkommen ist, erklärt, diese Flexibilität sei eine einseitige Angelegenheit und bedeute in erster Linie, dass Posti von Teilzeitkräften längere Einsätze und von Vollzeitangestellten die Präsenz an bestimmten Tagen verlangen könne, und die Betroffenen könnten diese Arbeitseinsätze nicht ablehnen.... Diese Flexibilitätsforderungen schaffen verständlicherweise auch Probleme für Teilzeitkräfte, die mehr als einen Job haben oder Kinder abholen müssen<sup>54</sup>.

Die Gewerkschaften müssen unbedingt sicherstellen, dass die von den Unternehmensleitungen vorgeschlagenen flexibleren Arbeitszeitregelungen nicht nur den Betrieben sondern auch den Beschäftigten echte Vorteile bringen.

Die Gewerkschaften werden ferner Anstrengungen von Postbetreibern in Hinblick auf die Auslagerung von Funktionen aufmerksam verfolgen müssen, und dazu gehören auch Tätigkeiten, die schließlich Selbstständigen übergeben werden. Der private Post- und Kuriersektor zählt Hunderte von Kleinbetrieben, bei denen es sich häufig um selbständige "Assoziierte" handelt. Ein systematischer Einsatz von selbständigen Auftragnehmern wird aber auch bei einigen der großen Unternehmen beobachtet. Der FedEx Home Delivery Service zum Beispiel, der im Jahr 2000 lanciert wurde, stützte sich zu Beginn auf mehrere hundert 'Eigentümer-Unternehmer', die ihre eigenen Lieferwagen benutzen mussten, und sie wurden ausschließlich auf der Grundlage des Volumens der ausgelieferten Güter entschädigt. UNI erklärte in diesem Zusammenhang: "Diese Regelung, die eine gewerkschaftliche Organisation verhindert, wird erlauben, die Kosten im Vergleich zu UPS und sogar zu USPS sehr tief halten"<sup>55</sup>. Die selbständigen Agenten übernehmen somit viel Verantwortung am Geschäft der FedEx, und sie müssen auch selbst für ihre Krankenversicherung und ihren Urlaub aufkommen, sie haben aber kein Mitspracherecht in Bezug auf das Auftragsvolumen, das sie übernehmen müssen.

In einer Zeit rascher Veränderungen ist es von entscheidender Bedeutung, dass die im Postsektor tätigen Personen die Qualifikationen und die Ausbildung besitzen, die ihnen erlauben, dem in ständigem Wandel befindlichen Arbeitsumfeld gerecht zu werden. Die Bedeutung der Beschäftigungsfähigkeit im Postsektor wurde auch von der dreigliedrigen IAO-Sektortagung im vergangenen Jahr herausgestellt: "Ausbildung - eine wesentliche Voraussetzung für die Beschäftigungsfähigkeit in Postdiensten", heißt es im Hintergrundbericht für diese Tagung, und 'die Ausbildung muss ein fester Bestandteil umfassender HR-Entwicklungs- und Unternehmensförderungs-Programme sein'<sup>56</sup>.

Diese Botschaft wurde auch in der europäischen Ramboll-Studie bestätigt, wo die beunruhigende Feststellung gemacht wurde, dass die Ausgaben öffentlicher Postbetreiber auf dem Gebiet der Ausbildung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre leicht rückläufig waren. Ramboll betonte, dass die europäischen Postbetreiber vermehrt in eine gezielte Schulung ihrer Arbeitskräfte investieren müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei müssen einfache Aufgaben und Funktionen im

---

<sup>54</sup> PLS Ramboll, Beschäftigungstrends im EU-Postsektor, Schlussbericht, Oktober 2002

<sup>55</sup> UNI, Kampf um Marktanteile: Wie Postdienst-Rivalen in den USA Marktanteile erobern, 3. Mai 2000

<sup>56</sup> IAO, Beschäftigung, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit in Post- und Telekomdiensten, Genf, 2002

Führungsbereich berücksichtigt werden. "Es liegt im Interesse der Postbetreiber, ihren Angestellten im Rahmen des lebenslangen Lernens eine ständige Aus- und Weiterbildung zu vermitteln, die ihnen erlaubt, sich neuen fachlichen Anforderungen und den betrieblichen Flexibilitätserfordernissen zur Befriedigung der Kundenwünsche zu stellen", heißt es im Ramboll-Bericht<sup>57</sup>.

Die Gewerkschaften sind zweifellos in der besten Lage, Fragen wie Beschäftigungsfähigkeit und Ausbildung im sozialen Dialog mit den Arbeitgebern zur Sprache zu bringen. Die IAO erklärt in diesem Zusammenhang: "Die Sozialpartner sollten den sozialen Dialog über die Ausbildung verstärken, gemeinsam die Verantwortung für die Festlegung der Aus- und Weiterbildungspolitik übernehmen und im Hinblick auf die Ausbildungsfinanzierung, Ausbildungsplanung und Programmumsetzungen Partnerschaften untereinander und mit den Regierungen bilden<sup>58</sup>. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass UNI-Europa Post mit PostEurop bereits einen Dialog über Fragen der Ausbildung im Postsektor aufgenommen hat.

Im IAO-Hintergrundbericht für die dreigliedrige Tagung 2002 werden auch Fragen betreffend die Chancengleichheit im Postsektor erwähnt. Es wird auf die in den Postdiensten bestehende Geschlechtertrennung hingewiesen und auf der Grundlage von internationalen Vergleichen erklärt, dass die Frauen in der Briefpostverteilung anteilmäßig untervertreten sind und eher in Büros arbeiten, und dass sich diese Situation im Lauf der Jahre kaum verändert hat<sup>59</sup>.

Im Bericht 1999 der US-Kommission für Chancengleichheit in der Beschäftigung heißt es in Bezug auf die US-Postdienste, dass 35% der USPS-Angestellten Frauen sind, die - mit Ausnahme der Führungsetagen - in allen Berufsgruppen gut vertreten sind. Die gleiche Erhebung stellt fest, dass 61% der gesamten USPS-Belegschaft ethnischen Minderheiten angehören, dass diese Gruppe in den Führungspositionen ungenügend vertreten und vor allem mit den unqualifizierten Aufgaben betraut ist<sup>60</sup>.

Trotz gewaltiger Anstrengungen vieler Gewerkschaften bleiben zahlreiche Probleme der Chancengleichheit ungelöst und sollten unverzüglich in Angriff genommen werden.

---

<sup>57</sup> PLS Ramboll, berichtbegleitende Dia-Präsentation - Beschäftigungstrends im EU-Postsektor, Schlussbericht, Oktober 2002

<sup>58</sup> IAO, Beschäftigung, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit in Post- und Telekomdiensten, Genf, 2002

<sup>59</sup> *ibid*

<sup>60</sup> US Equal Employment Opportunity Commission, EEO-1 Aggregate Report on SIC 431; US Postdienste, zitiert in IAO, Beschäftigung, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit in Post- und Telekomdiensten, Genf, 2002

## 9. Schlussfolgerungen und Aktionsvorschläge

Der Herausforderung für den Sektor UNI Post und seine Mitgliedsorganisationen besteht darin, die Aspekte des Wandels herauszugreifen, die wir unterstützen, ja sogar begrüßen, und diejenigen, denen wir uns widersetzen müssen.

Wir besitzen bereits einige Anhaltspunkte, die uns ganz allgemein als Leithilfe dienen können:

- Es gibt keine 'einzig richtige' Lösung oder ein einheitliches Modell für die Organisation des Postdienstes, das von allen Ländern übernommen werden könnte. Die Vielfalt der Strukturen ist ganz natürlich.
- Anpassungen müssen schrittweise erfolgen. Radikale Veränderungen könnten diesem wertvollen Dienst schweren Schaden zufügen.
- Die Post muss ihren Charakter als *service public* beibehalten (indem sie der Gemeinschaft einen sozialen Dienst leistet), selbst wenn bestimmte Segmente vom privaten Sektor erbracht werden. Mit anderen Worten: die Interessen von Anlegern und Aktionären dürfen in keinem Fall Vorrang haben.
- Eine echte Sozialpartnerschaft, in der die Gewerkschaften eine aktive Rolle spielen, kann Anpassungen erleichtern. Die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder sind oft dann am wirksamsten geschützt, wenn es - namentlich bei den Multis - der Muttergesellschaft gelingt, sich Marktveränderungen erfolgreich anzupassen.
- Die Gewerkschaften dürfen diesen Entwicklungen nicht passiv gegenüberstehen, sondern sie müssen sich dafür einsetzen, dass neue Technologien und neue Dienstleistungen zu einer qualitativen Verbesserung der Arbeitsplätze, der Kompetenzen des Personals und der Arbeitszufriedenheit beitragen.
- Eine gut geführte Post kann durchaus rentabel sein. Diese Gewinne sollten jedoch in den Gemeinschaften und Ländern, in denen sie erzeugt wurden, bleiben und wieder in die Entwicklung der Dienste investiert werden; sie sollten nicht ins Ausland abfließen.

Für UNI Post und die dem Sektor angeschlossenen Organisationen schlagen wir im besonderen folgende Aktionspunkte vor:

### 1.

Die Gewerkschaften sollten auf die Bedeutung des Postdienstes, eines für die soziale Eingliederung und die Förderung des Gemeinschaftssinns wesentlichen öffentlichen Dienstes, hinweisen.

### 2.

Jede weitere Liberalisierung der Post muss schrittweise und kontrolliert erfolgen. Übereilten Liberalisierungsinitiativen muss Widerstand geleistet werden.

### 3.

Die Gewerkschaften sollten das Konzept des Universalpostdienstes verteidigen. Das bedeutet, im Mindestfall regelmäßige Zustellung in alle Haushalte und Unternehmen zu einheitlichen und erschwinglichen Tarifen, und ungehinderten Zugang zu einer breiten Palette von Postdiensten in angemessenen, leicht erreichbaren Poststellen.

### 4.

Die Gewerkschaften sollten sich gegen eine Spaltung des Postdienstes wehren, die bewirken könnte, dass der Bevölkerung in Landregionen und ärmeren Stadtgebieten ein minderwertiger oder teurerer Postdienst geboten wird.

**5.**

Die Postgewerkschaften sollten sich für die Erhaltung des Poststellennetzes einsetzen.

**6.**

Die Postgewerkschaften sollten die Rolle der Postämter als Anbieter von Finanzdienstleistungen fördern, insbesondere von Dienstleistungen, die den in sozialer und finanzieller Hinsicht marginalisierten Teilen der Bevölkerung gerecht werden.

**7.**

Bei ihrem Kampf zur Verteidigung eines öffentlichen Postdienstes, der sich am *service public* orientiert, sollten sich die Gewerkschaften um Allianzen und Partnerschaften mit Organisationen der Bürgergemeinschaft und der Zivilgesellschaft bemühen, die die gleichen Ziele anstreben.

**8.**

Die Postgewerkschaften in Industrieländern sollten den befreundeten Gewerkschaften in Entwicklungsländern Solidarität und Unterstützung bieten und auf diese Weise den Aufbau des Postdienstes in diesen Ländern fördern, damit er dort die mit den im Westen vergleichbaren universellen Postnormen erreichen kann, und sie sollten ihnen helfen, dem Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck von Agenturen wie der Weltbank und dem IWF entgegenzuwirken.

**9.**

Die Postgewerkschaften sollten mehr Mittel für Werbung und Organisierung einsetzen. In internationaler Zusammenarbeit sollten sie schwach organisierte Unternehmen, beispielsweise FedEx, zum Gegenstand von Organisierungskampagnen machen.

**10.**

Die Gewerkschaften im Postsektor müssen ihren Blick über die Landesgrenzen hinaus richten und enge Verbindungen zu befreundeten Gewerkschaften in anderen Ländern aufbauen. Die Rolle der UNI als Globaler Gewerkschaftsverband für diesen Sektor muss gestärkt werden.

**11.**

Die Postgewerkschaften sollten Mechanismen für den Austausch von Informationen untereinander entwickeln. UNI Post sollte diese Anstrengungen koordinieren. Die UNI Website stellt ein zweckmäßiges Forum für diesen Informationsaustausch dar.

**12.**

Starke Europäische Betriebsräte sind insbesondere in grenzüberschreitend tätigen Postunternehmen im Europäischen Wirtschaftsraum von größter Bedeutung. Die UNI und ihre Gewerkschaften sollten sich aktiv für die Schaffung starker globaler Betriebsräte einsetzen.

**13.**

Die UNI sollte sich um die Aushandlung von Rahmenvereinbarungen mit multinationalen Postbetreibern bemühen.

**14.**

UNI-Europa Post sollte den Sozialdialogprozess in Europa stärken, die Sichtbarkeit des Sozialdialogausschusses verbessern und seinen Themenkreis erweitern.

**15.**

UNI Post sollte Informationen über beste Praktiken der Gewerkschaften in Bezug auf Ausbildungs- und Gleichstellungs-Initiativen zusammenstellen.

**16.**

Aufgrund der zahlreichen Verbindungen zwischen traditionellen Post- und Express-Kurierdiensten sollten die Postgewerkschaften so eng wie möglich mit Transportarbeitergewerkschaften zusammenarbeiten. UNI Post sollte ihre Beziehungen zu der Europäischen und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation auf diesem Gebiet vertiefen. Die Postgewerkschaften sollten zudem eine engere Kooperation mit Gewerkschaften im Finanzsektor anstreben, um die Entwicklung der in Postämtern angebotenen Finanzdienstleistungen zu fördern.

**17.**

Die Postgewerkschaften und UNI Post sollten sich gezielt dafür einsetzen, dass die elektronische Kommunikation den gleichen Datenschutz- und Vertraulichkeits-Kriterien unterworfen wird, wie die traditionellen Post-Kommunikation.

**18.**

Die Postgewerkschaften und UNI Post sollten die Entwicklungen in der Doha-GATS-Runde mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Die Gewerkschaften sollten sicherstellen, dass die Regierungen ihrer Länder die inländischen demokratischen Verfahren einhalten und angemessene Konsultationen durchführen, bevor sie ihre Forderungen und Angebote im Zusammenhang mit dem GATS unterbreiten.

**19.**

Die Postgewerkschaften sollten ihren Regierungen nahe legen, unter GATS möglichst wenig Marktöffnungsverpflichtungen einzugehen. Die Gewerkschaften sollten sich gegen Initiativen wehren, die eine Veränderung des heutigen, für Postdienste geltenden Klassifizierungssystems zum Ziel haben.

**20.**

Die Postgewerkschaften sollten sicherstellen, dass alle im Rahmen von GATS unterbreiteten Marktöffnungsangebote, in Anlehnung an die IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, an soziale Bedingungen geknüpft werden.